

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 2

Buchbesprechung: Der Buchtip

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Buchtip

NHG-Jahrbuch 1970; «Erneuern und Beharren». Redaktion Théo Chopard. Jahrbuch-Verlag der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Bern. 312 Seiten, Fr. 18.—.

Das erste Opfer von Umbruchzeiten pflegt der Sinn für Proportionen zu sein. Es braucht dann mehr, ihn allen Verführungen oder Anfechtungen zum Trotz zu fördern als sonst. Das neue NHG-Jahrbuch, in welchem unter der ordnenden Hand von Théo Chopard 28 Aufsätze von Autoren aller Landesteile vereinigt sind, ist sicher dazu angetan, diesen bedrohten Sinn beim Leser wieder zu wecken.

Das Thema unserer Tage ist die sehr laut gewordene grundsätzliche Kontestation unserer Staats- und Gesellschaftsformen, und fast alle Beiträge nehmen direkt oder indirekt darauf Bezug, registrierend, analysierend, antwortend, wobei in einigen Fällen auch die übernationalen Zusammenhänge mit diesem ja keineswegs nur schweizerischen Phänomen wenigstens skizziert werden. Das Hauptaugenmerk gilt begreiflicherweise den spezifisch eidgenössischen Gegebenheiten, mit ihrer Potenz an Erhaltungswürdigem und Erneuerungsfähigem, mit ihren Angriffsflächen und Bruchstellen, mit ihren Rückblicken und Ausblicken. Für ein NHG-Jahrbuch ist diese Diskussion natürlich gegeben, wie sie denn auch für unsere Staatsbürger unerlässlich ist. Man muss sich allerdings darüber im klaren sein, dass dieser Rahmen nicht ausreicht. Wenn sich zum Beispiel eine urbanistische Gruppe zum Ziel gesetzt hat, eine Stadt auszumerzen, so hat es für einen einzelnen Hausbesitzer nur einen relativen Wert, mit den Vertretern des allgemeinen Abbruchs darüber zu diskutieren, dass sein eigenes Haus noch durchaus bewohnbar sei und die schadhafte Stellen noch sehr gut renoviert werden könnten, auch wenn ihn die besagten

urbanistischen Vertreter selbst mit Hinweisen auf die spezifische Bauauffälligkeit seiner eigenen Behausung zu überzeugen versuchen. Wenn zum Beispiel das Unbehagen im Kleinstaat zum Ansatzpunkt des haargenau gleichen ideologisierten Abschaffungswunsches wird wie anderswo das Unbehagen in der Grande Nation, so ist die Kleinstaatlichkeit offensichtlich doch nur bedingt Gegenstand der Debatte, wobei es freilich nichts schadet, auch hierüber seine Ansichten zu klären und seine Argumentation parat zu haben. Die Identität der Kontestation von Japan bis Deutschland unter allen möglichen unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten aber ist ein Hauptmerkmal jener zeitgenössischen Erscheinungen, die wir in ihrer eidgenössischen Ausprägung hier zu diskutieren haben. Diesen übergeordneten Rahmen braucht man nun gewiss nicht jedesmal darzustellen, wenn es um die nationale Belange dieser Erscheinung geht, aber es muss uns jederzeit präsent sein. Was gegenwärtig in der Schweiz so gut wie anderswo stattfindet, ist eine grundsätzliche Infragestellung unserer pluralistischen Welt, eine ideologisch vorgeprägte gesamtheitliche Herausforderung, auf die man auch auf dieser Ebene gerüstet zu sein hat, wenn man die nationalen Belange fördern will.

Der politischen Unrast in der schweizerischen Gegenwart sind etliche Beiträge der hochstehenden Anthologie im NHG-Jahrbuch ganz direkt gewidmet. Zu nennen sind hier etwa Hans Zbinden: «Der Schweizer und das Malaise», Max Bill: «Das Behagen im Kleinstaat», Richard Reich: «Die Rebellion gegen das „Establishment“ — Modeströmung oder Zeitsymptom?», Andrée Weitzel: «Discipline et contestation», Roland Ruffieux: «Guillaume Tell au rebut ou l'histoire suisse contestée», Peter Dürrenmatt: «Wenn die direkte Demokratie zur Diskussion steht», Peter Sager: «Ueber das Missverständnis in der Demokratie»,

Peter Gilg: «Parteien in Bedrängnis», Daniel Duc: «La participation civique est-elle contestée?», Jakob Keller: «Sind die Methoden schweizerischer Politik noch zeitgemäss?»

Es ist schon einleitend gesagt worden, dass hier der Sinn für Proportionen dem Eiferen dafür oder dagegen allgemein vorgezogen wird. Er macht sich etwa in der Arbeit von Prof. Zbinden in lächelnder Gelassenheit angesichts der keineswegs so tugendlosen Malaise-Voraussetzungen in unserem Staatswesen bemerkbar, und er prägt recht eigentlich die Rede von Prof. Max Bill (anlässlich einer Kunstpreis-Verleihung), die mit konkreter und sympathischer Einfachheit ganz exemplarisch veranschaulicht, warum beispielsweise unser Kleinstaat trotz allem und alles in allem sich sehr gut eignet, um darin zu leben.

Der sehr inhaltsreiche und eindringliche Aufsatz von Richard Reich stellt die eidgenössische Rebellion in die übernationalen Proportionen, um so von neuem in die kritischen Stellen unseres Staatswesens hineinzuleuchten. Auch trifft er mit Nachdruck die Unterscheidung zwischen dem nahezu schon traditionellen Malaise in der Schweiz und der jetzigen akuten Auflehnung gegen das Establishment, deren Virulenz sich nicht einfach mit der Frage abtun lässt, was eigentlich im konkreten Sinne in der Schweiz das Establishment sei — eine übrigens durchaus prüfenswerte Frage, wie sich herausstellt. Zum Uebergang vom Unbehagen zur Rebellion schreibt Richard Reich: «Beide Bewegungen der Kritik, jene der Jugendlichen wie jene der älteren „Malaisianer“, haben das eine gemeinsam: Ihre Träger lehnen sich gegen einen Status quo auf, den sie meist nur aus der Sicht des Zuschauers kennen. Von den Studenten der „ausserparlamentarischen Opposition“ kann gesagt werden, dass sie Studentengenerationen ablösen, welche im Rufe standen — und sich meist auch noch et-

Ernst Fischer

(Fortsetzung von Seite 5)

pakt gebilligt, verteidigt — aber Freundschaftspakt? War nicht das Wort ‚Freundschaft‘ für alle Zeiten entehrt, wenn es in diesem Kontext gebraucht wurde? Musste das sein?

Als ich zu zweifeln begann, war bei vielen deutschen Kommunisten der umgekehrte Prozess zu beobachten. Ihre Bestürzung über den Nichtangriffspakt wurde durch die Erwägung überwuchert: Wenn Hitler zur Freundschaft mit Stalin bereit ist, muss sich am Wesen Hitler-Deutschlands irgendetwas geändert haben, irgendeine geheimnisvolle Transsubstantiation im Gange sein. Diese Erwägung wurde durch die Rede bestärkt, die Molotow am 31. Oktober vor dem Obersten Sowjet hielt. Es sei zu begrüßen, dass Polen, diese ‚Missgeburt des Friedens von Versailles‘, nicht mehr existiere, sagte er. Heute sei das Wort ‚Aggression‘ nicht mehr im selben Sinne anzuwenden wie vor drei oder vier Monaten. Heute stehe Deutschland für den Frieden ein, während England und Frankreich ihren Willen bekundeten,

den Krieg fortzusetzen. ‚Wie ihr seht, sind die Rollen vertauscht!‘ ...

Wie sollte man sich in all den Widersprüchen zurechtfinden? Wenn Hitler die Herrschaft des reaktionärsten Teils des Monopolkapitals, des extremsten Imperialismus und Chauvinismus repräsentiert — und das war bisher die unangefochtene Definition! —, wie konnte er dann und mit wem die Rolle tauschen? ...»

In den Kreisen deutscher Kommunisten waren laut Fischer daraufhin unter anderem Ueberlegungen zu vernehmen wie die folgenden:

«Wir haben vielleicht übersehen, dass der Nationalsozialismus nicht nur extremer Kapitalismus ist, sondern auch die Möglichkeiten des Uebergangs zum Sozialismus in sich birgt ... Millionen haben für Hitler gestimmt, weil sie von ihm ein sozialistisches Deutschland erwarteten. Auch in der NSDAP gibt es ehrliche, obgleich verworrene Sozialisten ...»

Aber nicht einmal damit hat es sein Bewenden. Es gab überdies noch eine positive Identifizierung der deutschen Kommunisten mit dem Nationalsozialismus. Und am weitesten ging hier eine heute sehr bekannte und sehr umworbene

«antifaschistische Persönlichkeit, kein Geringerer als Walter Ulbricht selbst. Man kann den folgenden Passus von Ernst Fischer nicht genug reproduzieren:

Ulbricht: Hitler verteidigt den Sozialismus am Rhein

«Wenn Stalin mit Deutschland Freundschaft schliesst, weiss er, was er tut. Auf diese Freundschaft müssen wir uns orientieren.

‚Der Sozialismus wird am Rhein verteidigt.‘ Ich weiss nicht, ob Walter Ulbricht der erste war, der es sagte; immerhin hat er es gesagt. Taktik, um den Freundschaftspakt zu rechtfertigen? Es war, so glaube ich, mehr als Taktik, auch im Munde dieses perfekten Taktikers. Es war das Konzept eines Sozialismus, dessen Inbegriff die Macht ist, im Lehrbuch ‚Macht der Arbeiterklasse‘, in der Realität die Macht eines Apparats, einer zur KPD umgeschmolzenen NSDAP, eines Machtapparats, der wachsende Produktion und Produktivität der Arbeit garantiert, der die arbeitenden Menschen immer reichlicher mit Konsumgütern versorgt und sie vor jeder Freiheit des Denkens bewahrt, der eine tadellos funktionie-

was darauf zugute hielten —, apolitisch zu sein. Die neue Generation hatte sich nun nicht etwa *innerhalb* der vorgegebenen politischen Gemeinschaft formiert, um dann bewusst den *Schritt hinaus*, in die totale Opposition, zu tun, sondern sie war gar nie richtig integriert gewesen und hatte sich auch kaum je darum bemüht, innerhalb der ‚bestehenden Ordnung‘ und im Rahmen der entsprechenden Spielregeln zu politisieren.

Die ältere Generation der Kritiker ihrerseits mag zwar ursprünglich integriert gewesen sein; im Lauf der Zeit aber ist sie in jene Position gerückt, die heutzutage für immer weitere Schichten die Norm ist: die der *Konsumhaltung* gegenüber dem Politischen... Das dominante Merkmal schweizerischer Politik, der Kompromiss, wird von seinen Kritikern kaum je im Zusammenhang gewürdigt, in den er hineingehört: als Konsequenz eines föderalistischen Staatsaufbaus mit seiner ausgeprägten Tendenz, die Minderheiten angemessen mitreden zu lassen, als Folge aber auch eines Wahlverfahrens, das zum Vielparteiensystem und damit zur Unmöglichkeit klarer Mehrheitsbildung geführt hat.

Dieser Mangel an unmittelbarer Einsicht in den politischen Entscheidungsmechanismus schlägt sich in der Neigung nieder, die politische Realität allzu vordergründig zu deuten und sie vor allem auch zu kompromisslos an Idealen und ‚Modellen‘ zu messen, die nie näher auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft werden. Der Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, wie er besonders für den politischen Bereich charakteristisch ist, wird damit vorschnell kurzweg den aktiven Trägern der politischen Entscheidungsbildung zur Last gelegt, wobei diese Träger erst noch völlig simplifiziert als geschlossene ‚Clique‘ von heimlich Verschworenen apostrophiert werden.

Alles in allem wird man sagen müssen, dass die virulente ‚Establishment‘-Kritik unserer Tage zweifellos mehr ist als ein blosses Schlagwort-Festival. Hinter ihr verbirgt sich ein weit verbreiteter *Wandel des politischen Bewusstseins*. Dieser Wandel lässt sich mühe-los zeitgeschichtlich, psychologisch und soziologisch erklären. Es wäre indessen verfehlt, wollte man es dabei bewenden lassen. Vielmehr stellt sich gebieterisch die Frage, wie weit dieser Veränderung der politischen Haltung Veränderungen und Fehlentwicklungen der Politik selbst gegenüberstehen.»

Beim kurzen Beitrag von Peter Sager, «Ueber das Missverständnis in der Demokratie», geht es um grundsätzliche Unterscheidungen zwischen Modellkategorien, deren Kriterien im allgemeinen Bewusstsein verwischt sind. Jedermann ist etwa mit dem Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie vertraut. Im hypothetischen Extremfall der totalitären Diktatur gib es nur die Unterordnung, und die Freiheit hat überhaupt keinen Spielraum. Aber was ist dazu, nämlich im Verhältnis von Freiheit und Repression, wirklich der Gegensatz? Der Zustand, in welchem die Freiheit jeglichen Spielraum hat und die Unterordnung gar keinen. Das aber ist nicht Demokratie, sondern Anarchie. Demokratie braucht wenigstens so viel Beschränkung der Freiheit, dass die Freiheit von andern nicht tangiert wird, dass eine funktionierende staatliche und gesellschaftliche Ordnung möglich ist. Die Freiheit ist in der Diktatur minimal, in der Anarchie maximal, in der Demokratie (der hypothetischen Idealdemokratie) aber optimal.

Wird aber nun unter Berufung auf den erforderlichen Gegensatz zur Diktatur der Demokratie nicht ein Optimum, sondern ein Maximum an Freiheit abgefordert, so haben wir schon eines der (aktuellen) Missverständnisse der Demokratie. Peter Sager schreibt:

«In der Demokratie, die Freiheit und Repression ‚nur‘ optimal gestaltet, weiß sie Freiheit nicht maximal gewähren kann und Repression nicht maximal verwenden will, erhalten beide Prinzipien eine neue Qualität. Die totalitäre Repression wird hier zur Ordnung, die absolute Freiheit zur relativen...»

Aus historischen Gründen hat die ältere Generation die Auffassung vertreten, die Demokratie stelle die Verwirklichung absoluter Freiheit dar. Aus praktischem Erleben heraus wirft die anarchistische Jugend der Demokratie Repression vor. Aus taktischen Gründen schliesst sich die totalitäre Jugend diesem Vorwurf an, um die ältere Generation in die Defensive zu zwingen, letztlich, aber, um die blosser Ordnung durch totalitäre Repression zu ersetzen...

In der Demokratie als blosser Form, als optimale Verwirklichung von (relativer) Freiheit und (ordnender) Repression, ist nach heutigem Wissen die dem Menschen adäquateste Staatsorganisation zu erblicken, trotz aller Mängel, mit denen sie behaftet ist. Der qualitative Unterschied der optimalen Gestaltung von Freiheit oder Repression zeigt sich in der Frage nach Sinn und Möglichkeit eines durchgehend zweckgerichteten Handelns aller Menschen, aus innerem Willen in der Anarchie, aus äusserem Zwang in der Diktatur. Das ist ein Zustand, der Pflanze und Tier, die ihren biologischen Gesetzen folgen, durchaus adäquat ist, nicht aber dem Menschen, der weder freiwillig noch gezwungenermassen ein vielleicht sogar nützlicher Automat sein kann.»

✽

Von Churchill stammt das Wort, dass die Demokratie die schlechteste Staatsform sei, mit Ausnahme aller übrigen. Diese Feststellung zieht natürlich bei absolutistischen Modellbauern nicht. Aber sie stimmt. *cb*

rende Gesellschaft mit einer adäquaten unproblematischen Ideologie hervorbringt und in Gang hält, ein Machtapparat, der russisch und deutsch spricht, zuerst mehr russisch, dann immer mehr deutsch, Moskau hoch in Ehren, doch irgendwann Berlin die Metropole. ‚Der Sozialismus wird am Rhein verteidigt.‘ Er wird den Rhein überschreiten. Er wird Europa zur Einheit schmieden. Das Heilige Russische Reich Deutscher Nation.»

Abgesehen von den nationalen Aspekten ist hier die Definition des Sozialismus als Ziel des Machtapparates auch für sich allein genommen eine instruktive Lektüre.

Ernst Fischer hatte übrigens zu jener Zeit den Mut, in den Kominternsitzungen den Nationalsozialismus auch weiterhin frontal anzugreifen, worauf die deutschen Genossen seine Rede antikomunistisch nannten; Dimitroff setzte sich aber für ihn ein und milderte den Vorwurf auf «nicht jedes Wort überlegt». Er und Togliatti zeigten unverhohlen, wenn auch mit vorsichtigeren Formulierungen, dass sie mit Fischer einigingen.

«Sozialismus — gibt es das überhaupt?»

Der Passus über Ulbrichts Verteidigung des Sozialismus macht überaus deutlich, was Fischer,

der sich nach wie vor als Kommunist bezeichnet, unter Sozialismus nicht versteht.

Aber hat die Geschichte des kommunistisch verstandenen Sozialismus jemals etwas anderes hervorgebracht als jenen «Nichtsozialismus»? Fischer stellt die Frage selbst und antwortet mit dem einen kurzen Beispiel des wahrscheinlich beispiellosen Frühlings:

«Gibt es das überhaupt — Sozialismus?»

Ja! war die Antwort. Sie kam aus Prag, aus Bratislava, aus der Tschechoslowakei. Was dort geschah, war die Rechtfertigung unseres Daseins als Kommunisten, mit all den Irrtümern, Verirrungen, Verfehlungen, die wir uns vorzuwerfen haben.

Die Tschechoslowakei hat den Beweis für die Möglichkeit eines europäischen Sozialismus erbracht. Der 21. August 1968 war der Gegenbeweis. In einer so kurzen Spanne Zeit die Möglichkeit des Sozialismus und seine Unmöglichkeit, solange Grossmachtpolitik über das Schicksal der Völker entscheidet — das ist der Widersinn, der uns Kommunisten in Frage stellt.»

Das grösste und wichtigste unter all dem Neuen, das der «Prager Frühling» brachte, war die Freiheit der Meinungsäusserung, ein pluralistischer Wettbewerb der Gedanken, wenn auch noch ohne pluralistische Ordnung. Und weil selbstverständlich die Einführung von Privatbesitz an

Produktionsmitteln nicht zur Diskussion stand, war die Tschechoslowakei auch in dieser Zeit sozialistisch. Aber eben: das vermeintlich entscheidende Kriterium erwies sich wieder einmal als irrelevant, das Kriterium der monolithischen Macht und der monolithischen Doktrin als allein massgeblich.

Für Fischer sind laut seinen Zeitungsinterviews die Länder des sowjetischen Lagers heute insgesamt nur «sogenannte sozialistische Staaten», und «der jetzige Moskauer Machtapparat hat mit der Idee des Sozialismus gebrochen». Marx würde heute, so meint er ferner, in «vielen kommunistischen Parteien keinen Platz haben», denn Marx wollte für eine Gesellschaft kämpfen, «in der die freie Entwicklung eines jeden Voraussetzung ist für die freie Entwicklung aller», und davon könne in den jetzigen sogenannten sozialistischen Staaten keine Rede sein.

Der Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus darf nach Fischer nicht als Konkurrenz um grösseres Sozialprodukt und grössere Arbeitsproduktivität aufgefasst werden («diesen Wettbewerb hat der Kapitalismus gewonnen»), sondern muss auf die Frage zugeschnitten sein: Wo ist mehr Freiheit? Wo mehr Entfaltung aller persönlichen Fähigkeiten? Hier wäre, glaubt Fischer, potentiell der Sozialismus der Ueberlegene, aber «historische Beweise gibt es allerdings noch nicht».